# Vielfalt auf Parteilisten

## 10 Tipps für mehr Transparenz und Vielfalt bei der Aufstellung von Parteilisten

Wer in ein Parlament oder Gremium einzieht, hängt häufig von der Platzierung auf einer Parteiliste ab. Nominierungsverfahren sind daher ein wichtiger Baustein für politische Teilhabe und vielfältige Repräsentation.
Zwar sind die Verfahren formal in den Satzungen der Parteien geregelt, in der Praxis spielen jedoch auch informelle Prozesse und Entscheidungen eine wichtige Rolle. Dadurch können Listenaufstellungen intransparent werden und dazu beitragen, dass unterschiedliche Perspektiven und Personengruppen auf den Listen weniger vertreten sind. Der Verein Wir für Demokratie e. V. hat zehn Tipps zusammengestellt, wie sich Nominierungsverfahren transparenter, gerechter und vielfältiger gestalten lassen. Dabei wird nicht nur die eigentliche Listenaufstellung betrachtet: Auch das Vorfeld und der Nachgang sind entscheidend für ein stimmiges Gesamtverfahren.

### 1
### Informationen verständlich und niedrigschwellig bereitstellen

Nominierungsverfahren lassen sich an vielen Stellen vereinfachen und verbessern. Um es transparenter, vielfältiger und gerechter zu gestalten, kann man den Zugang zu Informationen erleichtern, gezielte Unterstützung anbieten und Einblick in die einzelnen Schritte geben. Dabei sollten auch die Phasen vor und nach der Listenaufstellung berücksichtigt werden.

### 2
### Schutzräume für Personengruppen schaffen

Fehlendes Selbstvertrauen, Unsicherheiten oder Unwissen. All das sind Faktoren, die Menschen von einer Kandidatur abhalten können. Räume wie ein FLINTA*-Stammtisch oder ein Austausch für Menschen mit Migrationsgeschichte binden Mitglieder langfristig, stärken das Empowerment und bieten einen geschützten Ort, um Fragen zu stellen und Motivation für politisches Engagement zu entwickeln. Genau hier lässt sich auch gezielt nach einer möglichen Kandidatur fragen.

### 3
### Auf Personen zugehen und zu Kandidaturen ermutigen

Viele Menschen ziehen eine Kandidatur zunächst nicht von sich aus in Betracht. Wer Listen vielfältiger gestalten will, muss Menschen gezielt ansprechen und ermutigen. Es lohnt sich, den Blick auch über die eigene Partei hinaus zu richten. Welche Organisationen, Vereine, Initiativen oder Aktivist*innen im Umfeld könnten angesprochen werden? Bereits engagierte Personen sind bereits vertraut damit, Verantwortung zu übernehmen, und kommen so in den direkten Kontakt zu Parteien.

### 4
### Unterstützung bei der Kandidatur ermöglichen

Mentoring durch erfahrene Personen, Unterstützung beim Schreiben und Halten von Reden oder Hilfe beim Ausformulieren eigener thematischer Schwerpunkte senken die Einstiegshürde für eine Kandidatur spürbar. Genauso kann in einem solchen Tandem-Verfahren ein Erfahrungsaustausch über strategische Herangehensweisen erfolgen, welches Orientierung in der eigenen Kandidatur bieten kann.

### 5
### Erste Einblicke bieten

Um sich mit den Strukturen und Abläufen vertraut zu machen, können Interessierte zunächst Sitzungen besuchen und beobachten oder eine Themenpatenschaft übernehmen. Wer Prozesse besser versteht, kann leichter einschätzen, wie und wo er oder sie sich einbringen möchte. Das senkt Berührungsängste und die Hemmschwelle, später selbst zu kandidieren.

### 6
### Unterstützende Strukturen aufbauen

Hybride Sitzungsformate ermöglichen Beteiligung auch für Menschen mit Sorgeverantwortung, gesundheitlichen Einschränkungen oder langen Anfahrtswegen. Auch durch eine verlässliche Kinderbetreuung während der parteiinternen Sitzungen wird der gesamte Prozess deutlich zugänglicher.

### 7
### Transparenz durch aktive Außenkommunikation

Listenaufstellungen haftet der Ruf an, dass Absprachen im Hinterzimmer stattfinden und am Ende immer nur dieselben Personen zum Zug kommen. Ein öffentlich einsehbares Dashboard mit dem Stand der Kandidaturen, der regionalen Verteilung und der freien Plätze macht den Prozess nachvollziehbar. Auch Kriterien für Kandidaturen sowie die Ziele der Listenaufstellung sollten veröffentlicht, Protokolle zugänglicher gemacht und eine feste Ansprechperson für Rückfragen benannt werden.

### 8
### Für Quoten einsetzen

Bevor die Liste aufgestellt wird, lohnt sich die Frage: Wen wollen wir mit unserer Liste repräsentieren, welche Themen sind uns wichtig, welches Angebot machen wir also der Wählerschaft? Quoten oder Zielkorridore helfen, Unterrepräsentation gezielt auszugleichen und inhaltliche Schwerpunkte zu setzen. Wo es noch keine oder nur unvollständige Regelungen gibt, sollte geprüft werden, wie sich diese einführen und mehrheitsfähig organisieren lassen.

### 9
### Prozess im Nachgang evaluieren

Im ehrenamtlichen Alltag bleibt dafür oft wenig Zeit – dabei ist dieser Schritt besonders wertvoll: Ein Rückblick auf den Prozess, kombiniert mit einer Mitgliederbefragung zu Optimierungsmöglichkeiten und Zufriedenheit, hilft, das eigene Verfahren stetig zu verbessern. Gleichzeitig bietet die Auswertung Raum für Austausch und stärkt die Mitgliederbindung. Eine Mitgliederbefragung kann auch bereits im Vorfeld geschehen, um Baustellen zu identifizieren und ein Verständnis für die aktuelle Lage in der Mitgliedschaft zu erhalten, z. B. zu Gründen für fehlendes Engagement wie zeitlich ungünstigen Sitzungsterminen.

### 10
### Awareness-Strukturen für den gesamten Prozess schaffen

Nominierungsverfahren können, gerade für Personen aus unterrepräsentierten Gruppen, mit Anfeindungen, Grenzüberschreitungen oder Diskriminierung einhergehen. Ein Awareness-Team mit klaren Meldewegen sowie feste Ansprechpersonen für den Zeitraum der Listenaufstellung schaffen Sicherheit und signalisieren allen Beteiligten: Schutz und Rückhalt sind Teil des Verfahrens.

## Infos & Materialien

Die Tipps wurden von Wir für Demokratie e. V. zusammengestellt und im Rahmen von Frauen.Vielfalt.Politik. veröffentlicht.

- ↗ Wir für Demokratie
- ↗ Wir für Demokratie e. V. bietet kostenlose Beratung zu Nominierungsverfahren an. Mehr dazu im Magazin.
- ↗ Best-Practice-Sammlung: Wie können konkrete Veränderungen aussehen?

**Lösungen für eine bessere Kommunalpolitik.**
www.frauen-vielfalt-politik.de

Ein Projekt der EAF Berlin in Kooperation mit dem Deutschen LandFrauenverband

Gefördert vom: Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend